

Reinhold Vetter

Der polnische Europadiskurs nach 1989

Kampf um Werte oder Durchsetzung materieller Interessen?

(Vortrag am 18. Oktober 2008 im Rahmen einer Tagung des Herder-Instituts in Marburg zur Fragestellung "Europäisierung von unten - Das Projekt Europa".)

Lassen Sie mich meinen Vortrag mit einer kleinen Geschichte aus dem politischen Alltag Polens beginnen.

Im Auftrag von Staatspräsident Lech Kaczyński kämpft der Leiter seiner Kanzlei, Piotr Kownacki für eine Erhöhung des Etats der Kanzlei um 30 Millionen auf 180 Millionen Zloty. Er begründet dies mit dem Hinweis, man brauche mehr Geld für die Feierlichkeiten im nächsten Jahr, nicht zuletzt die Feiern zum 5. Jahrestag des Beitritts Polens zur Europäischen Union.

Offenbar, so meine Schlussfolgerung, sieht auch der eher EU-kritische, nationalkonservativ geprägte Staatspräsident Anlässe genug, den Jahrestag zu feiern.

Und damit sind wir schon mitten im Thema.

Ich habe meinen Vortrag in vier Komplexe gegliedert.

Erstens: Meiner Auffassung nach lässt sich der Weg Polens in die EU grob in drei Phasen unterteilen: a) die außen- und europapolitische Positionierung ab

1989

b) der Beitrittsprozess ab 1994

c) die Mitgliedschaft in der EU und die Suche nach einem

angemessenen Platz in der Gemeinschaft ab 2004

Diese Phasen möchte ich kurz darstellen.

Im zweiten Abschnitt werde ich einige Aspekte des polnischen Europadiskurses nach 1989 erläutern.

Schließlich drittens, und damit sind wir auch wieder bei Lech Kaczyński, möchte ich darauf eingehen, welche vorläufige Bilanz der EU-Mitgliedschaft die polnische Gesellschaft heute zieht. Diese Bilanz wirft nicht zuletzt auch ein gewisses Licht auf die verschiedenen Auseinandersetzungen im Rahmen des EU-Diskurses nach 1989, d.h. sie zeigt uns, welche Auswirkungen diese Rivalitäten auf das EU-Bewusstsein der Bürger hatten oder ob sie möglicherweise eher an der Gesellschaft vorbeigingen.

Und viertens geht es um die grundsätzliche Haltung der polnischen Gesellschaft zu Europa und zur EU im Spannungsfeld zwischen Patriotismus und europäischer Identität.

Beginnen wir mit der **Neuausrichtung ab 1989**

In den Jahren nach der Wende standen die polnischen Regierungen, insbesondere die von Tadeusz Mazowiecki, vor gewaltigen Aufgaben. Dazu zählte auch eine Neudefinition der polnischen Außenpolitik, insbesondere der Europa- und Nachbarschaftspolitik. Diese Neuausrichtung war aus zwei Gründen notwendig.

Zum einen musste gerade ein Land wie Polen, das als politische Mittelmacht in Ostmitteleuropa eine Brücke zwischen Deutschland und Russland bildet und geostrategisch sowie historisch-politisch eine Schlüsselrolle in der Region spielt, eben wegen der gewaltigen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa und der damit verbundenen Auflösung alter Strukturen seinen künftigen Platz im europäischen Sicherheitsgefüge bestimmen.

Und zum zweiten wollte Polen ausgehend von diesen Veränderungen wieder zu seiner traditionellen Rolle als elementarer Bestandteil ganz Europas und als Staat im Herzen des Kontinents zurückkehren. Ein für alle mal sollte die Teilung nach 1945 und die damit verbundene Zuordnung Polens zum östlichen Block korrigiert werden.

In diesem Sinne formulierte der damalige Außenminister Krzysztof Skubiszewski in einer Erklärung vor dem Sejm drei Prioritäten:

- Festigung der europäischen Orientierung Polens durch eine stufenweise Einbeziehung in die Europäische Gemeinschaft sowie in die Nato;
- Entwicklung guter Beziehungen zu allen Nachbarn
- Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit mit den Staaten Westeuropas sowie den USA und Kanada.

Über diese Grundanliegen der Europa- und Nachbarschaftspolitik herrschte in den politischen Eliten Polens nach 1989 ein breiter Konsens, auch wenn sich dahinter bestimmte Widersprüche verbargen, die erst später zum Ausbruch kommen sollten.

Meilensteine dieser neuen Politik waren die beiden deutsch-polnischen Verträge von 1990 und 1991, die von Polen mit vollzogener Auflösung des RGW und des Warschauer Pakts, schließlich das Abkommen über den Abzug der Roten Armee aus Polen, sowie die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU im Dezember 1991.

Die Phase der Beitrittsverhandlungen

Im April 1994 billigte das polnische Parlament in geradezu historischer Einmütigkeit den Beschluss des damaligen Kabinetts von Premier Waldemar Pawlak, offiziell die Mitgliedschaft Polens in der EU zu beantragen. Für den Beschluss stimmten nicht nur die christlich-liberale Demokratische Union von Tadeusz Mazowiecki und Hanna Suchocka und das Demokratische Linksbündnis SLD, sondern auch die Bauernpartei PSL und sogar die nationalistische „Konföderation Unabhängiges Polen“ KPN. Zwei Monate zuvor war nach Abschluss der Ratifizierung des Assoziierungsabkommens in Kraft getreten, das Polen die Intensivierung seines Handels mit der EU ermöglichte, dabei aber aus Rücksicht auf die Anpassungsschwierigkeiten der polnischen Wirtschaft Asymmetrien zugunsten Polens festlegte.

Es dauerte allerdings noch bis zum März 1998, bevor die Beitrittsverhandlungen endlich anfangen konnten. Grund dafür waren vor allem Widersprüche zwischen den westlichen EU-

Mitgliedern über Tempo und Umfang des Erweiterungsprozesses. Mit dem EU-Gipfel in Kopenhagen im Dezember 2002 wurden die Verhandlungen dann abgeschlossen. Dort beschloss die EU die Aufnahme zehn neuer Mitgliedsstaaten, darunter Polen. Bei der Volksabstimmung im Juni 2003 stimmten 77,45 Prozent für den Beitritt zur EU, 22,45 Prozent waren dagegen. Die Wahlbeteiligung lag bei knapp 59 Prozent – eine Frequenz, die weit über der von Parlamentswahlen lag.

Der Beitritt zur EU und die Positionierung innerhalb der Gemeinschaft

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union avancierte Polen vom Kandidaten zum Mitglied der Gemeinschaft – ob als gleichberechtigtes Mitglied, das sollte sich erst noch erweisen. Auf jeden Fall musste das Land nun seine Rolle als europäischer und internationaler Akteur neu definieren – ein Prozess, der im Prinzip bis heute anhält. Polen hatte nun neue Rechte und es musste neue Pflichten erfüllen, musste seine inhaltlichen Positionen einbringen und bei Entscheidungen mitwirken – und dies in einer Situation, da die EU selbst im Umbruch war. Zusätzlich zur Mitgliedschaft in der Nato stärkte auch der Beitritt zur EU Polens Sicherheit und Stabilität auf der internationalen Arena.

Auch für die deutsch-polnischen Beziehungen ergab sich eine neue Situation. Deutschland und Polen waren nun Partner in der erweiterten EU. Daraus ergab sich nicht nur mehr gemeinsame Verantwortung für die europäische Integration, daraus resultierten aber auch Missverständnisse und Fehlinterpretationen, die nicht zuletzt damit zusammenhingen, dass Deutschland auf mehr internationalen Einfluss drängte, und auch Polen bemüht war, sich europapolitisch und international stärker zu profilieren.

Der polnische Europa- und EU-Diskurs

Die drei von mir kurz angerissenen Phasen des polnischen Zugangs zur EU sind ein nützlicher Orientierungsrahmen, wenngleich die Entwicklung der europa- und nachbarschaftspolitischen Positionen Polens und die zugehörigen öffentlichen Auseinandersetzungen nichts ganz in dieses Schema eingepasst werden können. Immerhin, und das spricht für diese Einteilung, gewann der Europa-Diskurs in Polen mit dem EU-Beitritt im Mai 2004 und dem Erstarken der politischen Rechten besonders an Schärfe.

Doch im Grunde genommen hatte die Überprüfung bzw. Weiterentwicklung oder gar Zuspitzung der nach 1989 festgelegten europa- und nachbarschaftspolitischen Positionen Polens schon lange vor dem 1. Mai 2004 begonnen. Dies geschah um die Jahrtausendwende im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg und der europäischen Verfassungsdebatte. Bekanntlich führte der Irak-Krieg zu einer Krise der europäischen Gemeinschaft in Sachen Außenpolitik. Nach den Beschlüssen des EU-Gipfels in Nizza im Jahr 2003 beherrschte dann die Verfassungsdebatte die europäische Agenda.

Bevor ich einige Aspekte des polnischen Europadiskurses beschreibe, möchte ich zwei grundsätzliche Bemerkungen machen.

Erstens: Abgesehen von einigen politisch-gesellschaftlichen Randgruppen wie dem nationalistischen „Block für Polen“ während des Wahlkampfes im Jahr 1997 und auch Strömungen innerhalb solcher Parteien wie PSL „Selbstverteidigung“ und „Liga polnischer Familien“ hat bis heute niemand grundsätzlich die Mitgliedschaft Polens in der EU in Frage gestellt oder einen Austritt aus der Gemeinschaft thematisiert. Polens radiale Rechte war in

der Regel stark zersplittert, so dass sie nie eine stärkere, dezidiert antieuropäische bzw. Anti-EU-Partei etwa nach der Art der französischen „Front Nationale“ bilden konnte.

Zweitens: Auf der anderen Seite hat kaum jemand einen europäischen Bundesstaat auf seine Fahnen geschrieben. Die Auseinandersetzungen drehten und drehen sich hauptsächlich um den Grad und das Tempo der Integration. Insbesondere bei der politischen Rechten, aber beileibe nicht dort, hängt die Haltung zur Integration sehr stark davon ab, dass sie in ihrem Denken der Nation einen sehr großen Stellenwert einräumt. Das gilt auch für weite Teile der katholischen Hierarchie sowie bestimmte Medien.

Gerade das Denken der Nationalkonservativen rund um die Kaczyńskis und ihrer Partei „Recht und Gerechtigkeit“ kreist sehr stark um Begriffe wie Nation, Nationalstaat, Souveränität und Unabhängigkeit. Von vornherein bringen sie jeder internationalen Normensetzung durch das Völkerrecht und auch allen übernationalen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen ein erhebliches Misstrauen entgegen. Polens Nationalkonservative reagieren äußerst sensibel auf alles, was das nationale Interesse bedrohen sowie Abhängigkeiten und Zwänge für das Vaterland schaffen könnte. Mächtekonstellationen und Bündnisse, die nur partiell oder bedingt polnischen Interessen dienen oder dienen können oder möglicherweise in einzelnen Fällen auch zum Schaden des Landes handeln könnten, wecken a priori ihren starken Argwohn.

Ohne Zweifel haben die Nationalkonservativen in den Jahren 2005 bis 2007 zu Recht wichtige Probleme stärker thematisiert als andere politische Parteien vorher – etwa die sozialen Folgen der Einbindung der polnischen Volkswirtschaft in die europäischen und internationalen Märkte. Die Lösungen allerdings, die die Kaczyńskis anbieten und auch realisieren wollten, nachdem sie die Macht übernommen hatten, waren in der Regel nicht sehr sinnvoll. Aber vielleicht wäre es besser gewesen, diese Probleme schon früher stärker zu thematisieren, was die Machtübernahme der Nationalkonservativen erschwert oder gar verhindert und Polen damit vor den Rückschritten der Jahre 2005 bis 2007 bewahrt hätte.

Andererseits stellt sich die Frage, ob Polen gerade in den 1990er Jahren auch noch eine intensivere öffentliche Kontroverse über Europa auch verkräftet hätte. Immerhin gab es bereits eine Fülle anderer Herausforderungen. Die Reformen von Balcerowicz lagen noch nicht so lange zurück, die Gesellschaft musste die neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten bewältigen. Der Parteibildungsprozess war nicht abgeschlossen, die Demokratie musste sich noch festigen. Die Lustration und andere Formen der Aufarbeitung der kommunistischen Zeit drängten in den Vordergrund.

Nun zu einigen Aspekten des europapolitischen Diskurses in Polen.

EU-Verfassungsvertrag und Lissabon-Vertrag

Unter „Altmitgliedern“ der EU wie etwa Deutschland hatte man schon vermutet, dass Polen und andere Beitrittsländer in der Verfassungsdebatte eher eine integrationsskeptische Haltung einnehmen würden. Diese Vermutung bestätigte sich nach und nach. Es stellte sich heraus, dass es in der polnischen politischen Klasse – und das galt nicht nur für die rechten und konservativen Kräfte, sondern auch für große Teile der Sozialdemokratie – eine relativ starke Fixiertheit auf den souveränen Nationalstaat und dessen Interessen gab und wohl bis heute gibt. Auch die Linksrregierung von Premier Leszek Miller wollte in den Jahren 2003 und 2004 „für Nizza sterben“.

Dieses Auftreten Polens in der EU gewann dann noch einmal eine neue Qualität, als die Nationalkonservativen der Kaczyńskis im Herbst 2005 die Macht übernahmen. Die polnische Europapolitik erwies sich fortan als ein Sammelsurium aus kooperativen und konfrontativen Elementen, aus Erfolgen und Niederlagen, wobei die Konfrontation und die außenpolitischen Alleingänge mit der Zeit immer stärker überwogen. Gab sich Polen etwa bei der Beschlussfassung über den EU-Finanzrahmen für die Jahre 2007 bis 2013 und bei der EU-Politik auf den Gebieten Inneres und Justiz relativ kooperativ, so gehörte das Land andererseits zu den EU-Staaten, die gegen den EU-Verfassungsvertrag, der mühsam im Europäischen Konvent ausgehandelt worden war, und vor allem gegen den nachfolgenden Lissabon-Vertrag Front machten – wengleich nicht so drastisch wie die Franzosen und Niederländer per Volksabstimmung.

Die von Kazimierz Marcinkiewicz und anschließend von Jarosław Kaczyński geführte Regierung wandte sich natürlich nicht gegen bestimmte im Vertrag festgelegte institutionelle Reformen wie die Stärkung der Rolle der nationalen Parlamente und die Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments, aber sie wollte mit aller Macht das Prinzip der doppelten Mehrheit bei Abstimmungen verhindern. Sie plädierte zunächst für die Beibehaltung der Regelung von Nizza – vor allem wegen der Stimmengewichtung bei EU-Entscheidungen - und brachte schließlich das sogenannte Quadratwurzelsystem als Abstimmungsmodus in Spiel, das aber keine Mehrheit in der EU fand. Außerdem lehnte sie die Verbindung mit der Charta der Grundrechte ab.

Nach langem Tauziehen vor und während des EU-Gipfels im Juni 2007 stimmte die polnische Regierung dann doch zu, das Prinzip der doppelten Mehrheit in den als Weiterentwicklung des EU-Verfassungsvertrags geplanten Reformvertrag von Lissabon aufzunehmen, der im Dezember 2007 von allen Mitgliedstaaten verabschiedet wurde. Warschau setzte aber durch, dass der neue Abstimmungsmodus nicht – wie ursprünglich vorgesehen – schon 2009, sondern erst 2014 eingeführt wird und dass bis dahin die Regelungen des Nizza-Vertrags gelten, die eindeutig günstiger für Polen sind.

Entsprechend dem Willen Warschaus wurde außerdem vereinbart, dass die sogenannte Klausel von Ioannina künftig leichter angewendet werden kann. Diese ermöglicht es, Mehrheitsentscheidungen in der EU zu verschieben, wenn zuvor bei einer solchen Entscheidung die Sperrminorität nur knapp verfehlt worden ist.

Im Ergebnis waren die Kaczyńskis und ihre nationalkonservativen Mitstreiter sehr zufrieden mit den von ihnen durchgesetzten Änderungen. Aber sie hatten ihr Ziel nur erreichen können, weil Premier Jarosław Kaczyński drohte, die gesamten EU-Verhandlungen durch ein polnisches Veto scheitern zu lassen. Der dadurch verursachte europaweite Gesichtverlust für Polen und die damit verbundene zeitweise Isolierung des Landes waren erschreckend. Doch die Kaczyńskis focht das nicht an, nicht zuletzt deshalb, weil sie zu Hause von der innenpolitischen Opposition nahezu einhellig unterstützt wurden – auch und gerade von der Bürgerplattform, die dann im Dezember 2007 die Parlamentswahl gewann.

Nicht zuletzt das polnische Pokern um den Verfassungs- und den Reformvertrag war eine wesentliche Ursache für die zeitweise arge Verstimmung in den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen.

Die damalige polnische Regierung hat entscheidend dazu beigetragen, dass die angestrebte institutionelle Weiterentwicklung der EU nicht jenes Maß erreichte, das eigentlich notwendig gewesen wäre, um die Gemeinschaft im globalen Wettbewerb handlungsfähiger zu machen.

Natürlich traf die Schuld nicht Polen allein. Man kann man sich darüber streiten, ob die Kultur des politischen Kompromisses im Westen stärker ausgeprägt ist als in den neuen EU-Staaten. Auch im Westen wird knallhart um nationale Interessen gekämpft.

Mein zweiter Schwerpunkt ist die **Sicherheitspolitik**. Verbunden mit der Frage: **EU versus Nato?**

Sicherheitspolitisch war und ist die Nato für Polen viel wichtiger als die EU – insbesondere, wenn es um mögliche Bedrohungen aus dem Osten geht. Diese Auffassung wird mehr oder weniger von allen politischen Kräften des Landes getragen. Dabei bestreitet niemand, dass nicht auch die EU aufgrund ihrer politischen und wirtschaftlichen Kraft sowie durch ihre Stabilisierungs- und Aufbauhilfen etwa auf dem Balkan einen Beitrag zur Sicherheit in Europa leistet. Aber gerade in Krisensituationen wird immer wieder deutlich, dass die politische Klasse Polens der EU sicherheitspolitisch eher wenig Bedeutung beimisst.

So haben bisher alle polnischen Regierungen darauf geachtet, Entscheidungen zu vermeiden oder abzumildern, die aus ihrer Sicht dazu führen könnten, dass die transatlantischen Beziehungen geschwächt werden und die Rolle der Nato als Verteidigungsbündnis vermindert wird. Polen ist nicht grundsätzlich gegen eigene Verteidigungs- und Friedenssicherungsstrukturen der EU, aber es achtet darauf, dass solche Strukturen nicht die Nato schwächen beziehungsweise zu einer Doppelung von Nato-Aufgaben führen.

Und wenn man in Polen von der Nato spricht, dann meint man natürlich in erster Linie die USA. So räumte die polnische Politik dem engen Verhältnis zu den USA als Hauptmacht des nordatlantischen Bündnisses immer hohe Priorität ein und setzt sich damit zeitweise der Gefahr aus, von der westeuropäischen Öffentlichkeit als Satellit der Amerikaner tituliert zu werden. Polen gehörte schließlich zu einer kleinen Gruppe europäischer Staaten, die an der Seite der USA an der Intervention im Irak teilnahmen.

In Sachen Irak-Krieg gab es zwischen den Vertretern der wichtigsten politischen Gruppierungen und der wichtigsten Medien keinerlei Differenzen. Anfangs wurde die Intervention auch von einer Mehrheit der Polen unterstützt, verlor dann aber zusehends an Befürwortern, als die ersten Opfer unter den polnischen Soldaten zu beklagen waren. Irgendwann musste auch die polnische Führung einsehen, dass es eine Illusion gewesen war zu meinen, durch eine vorbehaltlose Unterstützung der USA Polen auch wirtschaftlich stärker im Irak ins Spiel zu bringen.

Die Regierung von Premier Donald Tusk war es dann, die öffentlich einräumte, bei den Kriegsbegründungen (Stichwort Massenvernichtungswaffen) von Washington hinters Licht geführt worden zu sein.

Tusk und seine Beauftragten verhandelten anfangs sehr hart, als es um die Installierung des amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen ging, bemühte sich dann aber schnell um eine Einigung, nachdem der Georgien-Russland-Konflikt alte Bedrohungsängste wachgerufen hatte.

Ein dritter Aspekt ist die **Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik**

In wirtschaftlicher Hinsicht hat Polen ohne Zweifel vom Beitritt zur EU profitiert, wenngleich die Verknüpfung der polnischen Volkswirtschaft mit den europäischen und internationalen Märkten schon vorher begonnen hatte. Die verstärkt ins Land fließenden ausländischen

Direktinvestitionen haben wesentlich dazu beigetragen, die Wirtschaft zu modernisieren und das technologische Niveau des polnischen Exports anzuheben. Aber natürlich spürt Polen auch die Gefahren der internationalen Einbindung, wie die jetzige globale Finanzkrise und deren realwirtschaftliche Folgen beweisen.

Die wirtschaftlichen Subjekte, also die Unternehmen, Finanzinstitute und Dienstleistungsgesellschaften haben die Herausforderung des EU-Beitritts angenommen und in weiten Teilen auch davon profitiert. Allerdings hat die harte Konkurrenz auf dem EU-Binnenmarkt auch so manches polnische Unternehmen untergehen lassen. Die polnischen Arbeitnehmern nutzen die Chancen des Binnenmarkts.

Der wirtschaftliche Erfolg Polens basiert aber auch auf hohen Transformations- und Reformkosten – zunächst in der Phase der marktwirtschaftlichen Transformation, die mit den Balcerowicz-Reformen der Jahre 1989-90 begann, dann auch in der Phase der Vorbereitung auf den EU-Beitritt im Zuge der Anpassung an den Rechtsbestand und die Standards der EU. Der schmerzhafteste Strukturwandel erfasste insbesondere Branchen wie die Schwer- und Rüstungsindustrie, die Lebensmittelproduktion, den Dienstleistungssektor und die Landwirtschaft. In den 1990er Jahren gingen mehr als drei Millionen Arbeitsplätze verloren. Dass der Anpassungsprozess bis heute anhält, zeigt das Tauziehen um die polnischen Werften.

Hinzu kommt, dass die sozialen Systeme nicht mit der marktwirtschaftlichen Entwicklung mitgehalten haben. Trotz der Sozialreformen in den späten 1990er Jahren liegt noch vieles im Argen. Die Regierung von Premier Donald Tusk hat sich die weitere Modernisierung des Rentensystems, des Gesundheitswesens und des Arbeitsmarkts vorgenommen, bislang aber kaum etwas erreicht. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass Sozialpolitik unter den Bedingungen der Globalisierung eine enorme Herausforderung ist, die auch westliche EU-Staaten nur schwer meistern.

Folgt man den Soziologen, dann empfindet sich bislang nur eine Minderheit von etwa 30 Prozent der polnischen Gesellschaft als regelrechter Gewinner der neuen marktwirtschaftlichen Zeiten und der wirtschaftlichen Integration in die EU. Auch eine zweite Gruppe von ca. 40 Prozent spürt den Erfolg und befürwortet den Wandel, ist aber mit dem Erreichten noch nicht zufrieden. Die dritte Gruppe von etwa 30 Prozent versteht sich mehr oder weniger als Verlierer des Kapitalismus. Die neue „Diagnoza Społeczna“ – eine Analyse auf der Basis von umfangreichen Befragungen, die Warschauer Soziologen alle zwei Jahre erarbeiten – enthält die generelle Feststellung, dass die Zufriedenheit der polnischen Gesellschaft mit dem Ansteigen des Lebensstandards zunimmt.

Gerade viele Angehörige der jungen Generation haben sich mit Enthusiasmus auf die neuen Zeiten eingestellt. Viele junge Polen sind heute in der Lage, sich überall in Europa sprachlich und fachlich zu behaupten. Polnische Manager der jüngeren und mittelaltrigen Generation sind heute auch in den oberen Etagen internationaler Unternehmen zu finden. Im Apparat der EU-Kommission in Brüssel leisten viele Polen hervorragende Arbeit.

Natürlich gab und gibt es politischen Widerstand gegen die wirtschaftliche Integration in die EU. Der Versuch der früheren nationalkonservativen Regierung von Premier Jarosław Kaczyński, die Fusion der beiden polnischen Tochterbanken der italienischen Unicredit-Gruppe zu verhindern, war nur ein Beispiel dafür. Auch der Widerstand gegen internationale Supermarkt-Ketten dürfte noch nicht zu Ende sein.

Die Gelder aus den verschiedenen EU-Fonds waren und sind eine große Hilfe für den wirtschaftlichen und strukturellen Wandel in Polen. Wer quer durchs Land reist und beispielsweise die vielen erneuerten Landstraßen registriert, wird dies schnell erkennen. Leider tut sich Polen bis heute oft noch sehr schwer damit, die zur Verfügung stehenden EU-Fördergelder ausreichend zu nutzen und deren nationale Gegenfinanzierung zu gewährleisten.

Ein großes Problem für die neuen EU-Staaten wie Polen besteht darin, die EU-Anforderungen für den Umweltschutz mit der wirtschaftlichen Aufholjagd gegenüber dem Westen in Einklang zu bringen. Nicht ohne Grund befürchtet die Regierung von Premier Donald Tusk, die Einhaltung der EU-Vorschriften etwa für den CO₂-Ausstoss könnte das polnische Wirtschaftswachstum mindern und zu einem enormen Anstieg des Strompreises in Polen führen – zuletzt artikuliert während des EU-Gipfels am 15./16.10. in Brüssel.

Positiv ist sicher, dass die Regierung die Bedeutung des sogenannten Lissabon-Prozesses erkannt hat. So beinhaltet der Entwurf des Staatshaushalts für 2009 eine stärkere Förderung von Bildung und Wissenschaft. Ein anspruchsvolles Programm zur Reform des Wissenschaftsbetriebs liegt vor, wurde aber noch nicht in Gesetzesentwürfe umgesetzt.

Spannend bleibt die Frage, wie das Tauziehen zwischen der Regierung und Staatspräsident Lech Kaczyński um die von Premier Tusk für 2011-2012 anvisierte Übernahme der Gemeinschaftswährung Euro ausgehen wird. Die Zielprojektion von Tusk ist angesichts der makroökonomischen Basisdaten und der Auswirkungen der jetzigen globalen Finanzkrise wohl etwas zu optimistisch, aber doch immer noch produktiver und mobilisierender als die Verzögerungstaktik von Kaczyński.

Ein weiterer Aspekt:

Der kulturelle Wandel

Mit der Zugehörigkeit Polens zur Europäischen Union hat natürlich auch der kulturelle Wandel im Land einen neuen Schub erhalten. Dabei geht es allerdings nicht nur um europäische, sondern auch und gerade um globale, insbesondere amerikanische Einflüsse. Es ändern sich die Lebensformen, die kulturellen Interessen, die Sprachkenntnisse, die Sorge um die Ausbildung der Kinder, die Haltung zu Gesundheit und Alter, die Urlaubsziele.

Der zunehmende westliche Einfluss verlangt von vielen Menschen, dass sie sich damit auseinandersetzen und sich entweder passiv anpassen oder zielstrebig einzelne Verhaltensweisen ändern, er fördert Toleranz, stärkt menschliche Offenheit und Solidarität, verursacht aber auch Abwehr und soziale Kälte.

Der kulturelle Wandel schafft beziehungsweise verstärkt miteinander konkurrierende politische und gesellschaftliche Lager. Oft aber verlaufen die Fronten nicht nur zwischen bestimmten politischen Parteien, sondern auch quer durch deren Reihen.

So stehen sich Kräfte gegenüber, die eine offene, tolerante Gesellschaft wollen, und solche, die ihr Land zu einer „moralischen Gemeinschaft“ auf nationalreligiöser, wenn nicht gar ethnokratischer Basis umformen wollen, zu einem Land, in dem alle Arten von Libertinage ethisch verwerflich sind. Dass das zweite Lager mitunter enormen politischen Einfluss erlangen kann, hat die „Kaczyński-Ära“ der Jahre 2005 – 2007 gezeigt. Aber auch Donad

Tusk und seine Bürgerplattform denken über gesellschaftspolitische Probleme reichlich konservativ.

Der internationale Einfluss führt dazu, dass auch Polen verstärkt an der Homogenisierung der europäischen Kultur teilnimmt – denken wir nur an die zunehmende Dominanz des Englischen in vielen Bereichen oder den Siegeszug des Internets. Damit einher geht eine gewisse Trivialisierung der Kultur, wie der Vormarsch banaler Unterhaltung und durch Sensationen aufgeladener Genres in den Massemedien beweisen.

Ich will ein Beispiel anführen, das den Wandel verdeutlicht.

Die jährlichen Umfragen von Meinungsforschungsinstituten wie CBOS sowie die wissenschaftlichen Analysen von Soziologen wie Ireneusz Krzemiński zeigen, dass die Toleranz der polnischen Bürger gegenüber gesellschaftlichen und nationalen Minderheiten zunimmt. Andererseits sind die Gegensätze zwischen Befürwortern und Gegnern toleranter Verhaltensweisen in den letzten Jahren schärfer hervorgetreten – wohl auch ein Ergebnis des von den Kaczyńskis und ihren nationalkonservativen Mitstreitern forcierten Kulturkampfes.

Nach neuesten Umfragen hält inzwischen eine Mehrheit der Polen Homosexualität für eine normale, gegenüber der Heterosexualität gleichberechtigte Lebensweise und gesteht schwulen Männern beziehungsweise lesbischen Frauen das Recht zu, in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften zu leben. Andererseits sind immer noch 60 Prozent der polnischen Bürger dagegen, homosexuelle Partnerschaften als Ehe zu legalisieren, und sogar 80 Prozent wollen nicht, dass solche Paare Kinder adoptieren.

Geschichte und Politik

Einen großen Einfluss auf die politischen Positionen Polens im Rahmen bilateraler Beziehungen und auch im europäischen Kontext hat die Geschichte. Die Aktualität der Geschichte sowie der Verlauf und das Ergebnis von Geschichtsdebatten strahlen auf das Verhältnis Polens zu den Nachbarn und auf die europapolitische Standortbestimmung des Landes aus. Das gilt besonders für die deutsch-polnischen sowie die polnisch-russischen und polnisch-ukrainischen Beziehungen.

Noch sind kollektive Erinnerungen und Geschichtsdebatten überall in Europa und gerade auch in Polen sehr stark nationale Diskurse. Vielleicht werden sie aber auch deshalb oft so erbittert geführt, weil sie eben nicht nur im geschlossenen Raum des Nationalstaates wahrgenommen werden. So hat man auch in anderen Ländern aufmerksam wahrgenommen, wie schwer Polen die Debatte über Jedwabne fiel, die ja Polens ausschließliche Opferrolle im Zweiten Weltkrieg in Frage gestellt hat.

Gerade die polnischen Nationalkonservativen, die im Herbst 2005 an die Macht kamen, nahmen und nehmen sehr intensiv Bezug auf verschiedene Epochen der Geschichte. Und ihre Akzentuierung nationaler Tradition geht sehr stark mit einem Kult des Leidens einher, der insbesondere die Deutschen und die Russen auf die Anklagebank setzt. Die Deutschland- und die Russlandpolitik der Kaczyńskis war und ist sehr stark dadurch geprägt. Und auch beim jetzigen polnischen Premier Donald Tusk scheint ein spezifischer Blick auf die deutsch-polnische Geschichte die Politik zu beeinflussen, wie die Planungen für das geschichtsträchtige Jahr 2009 beweisen, wenn sich der Beginn des Zweiten Weltkrieg zum siebzigsten und der Umbruch 1989 zum zwanzigsten Mal jährt. Später in der Diskussion kann ich noch genauer darauf eingehen.

Der stark geschichtspolitisch geprägte Blick der Kaczyńskis auf Deutschland hat wiederholt auch ihr Auftreten auf der europäischen Bühne stark beeinflusst. Für die EU-Politik von Tusk gilt das nicht. Auch die Russlandpolitik des Premiers scheint weniger geschichtsbezogen zu sein, wenngleich auch seine Regierung bemüht ist, den kritischen Dialog über Hinterlassenschaften der Geschichte mit Moskau zu führen.

Nun stellt sich die Frage, inwieweit populistisch inszenierte historische Abrechnungen mit Nachbarstaaten das Bewusstsein der Gesellschaft beeinflussen. Ohne Zweifel hat die Geschichtspolitik der Kaczyńskis gerade im Wahlkampf 2005 aber auch 2007 eine gewisse Wirkung erzielt. Auch in der Auseinandersetzung über Entschädigungen für deutsche Vertriebene dürfte sie eine gewisse Rolle gespielt haben. Fraglich ist aber, ob nationalkonservativ geprägte Geschichtspolitik das eher pragmatisch geprägte Verhältnis der Mehrheit der polnischen Gesellschaft zu den Deutschen entscheidend tangiert.

Stark gewachsen ist die Bereitschaft polnischer Historiker, die Geschichte Polens und ganz Ostmitteleuropas unter europäischen Gesichtspunkten neu zu betrachten und zu bewerten. Beispiel dafür sind die Arbeiten von Włodzimierz Borodziej und anderen über Europa-Ideen in der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Gleiches gilt für das Engagement im grenzüberschreitenden Diskurs über die Geschichte Europas und über die Qualität von Geschichtspolitik.

Wo steht Polen heute in Europa?

Nach dem Blick auf die verschiedenen Etappen der Reintegration Polens in Europa und der Integration des Landes in die EU will ich nun versuchen, eine Bilanz zu ziehen, auch wenn dieser Prozess nicht abgeschlossen ist. Wo steht Polen heute knapp zwei Jahrzehnte nach dem Beginn der Systemtransformation – objektiv und subjektiv? Wurden die Ziele der strategischen Neuausrichtung 1990/91 und des EU-Beitritts 2005 erreicht? Sind die Bürger des Landes mit dem Erreichten zufrieden? Denken Sie heute anders über Europa und die EU? Und wenn ja: Auf der Basis welcher Erfahrungen und welcher öffentlicher Debatten?

Politisch gesehen ist Polen auf jeden Fall in der EU abgekommen. Das politische Gewicht des Landes in der Gemeinschaft entspricht sicher nicht dem von Deutschland, Frankreich und Großbritannien, ist aber auf jeden Fall höher als das von Tschechien oder Ungarn. Im Zusammenhang mit der Georgien-Russland-Krise ist die politische Rolle Polens in der EU noch gestärkt worden. Die meisten Mitgliedsstaaten sehen heute deutlicher, dass Polen ein beachtliches Maß an historischer Erfahrung und sachkundiger Expertise vorweisen kann, wenn es um die Entwicklung jenseits der Ostgrenzen der EU geht. Die schwedisch-polnische Initiative zur Intensivierung der EU-Nachbarschaftspolitik Richtung Osten wird gegenwärtig in den EU-Gremien intensiv diskutiert. Sicherheitspolitisch ist Polen fest in Europa verankert, auch wenn das Vertrauen Warschauer Politiker in die Wirksamkeit der Beistandsverpflichtung in Artikel 5 des Nato-Vertrages unterschiedlich ausgeprägt ist.

Die Regierung von Premier Donald Tusk bemüht sich stärker als die Kaczyńskis in den Jahren 2005 bis 2007, gemeinschaftlich Lösungen in der EU herbeizuführen, auch wenn Tusk sich natürlich in erster Linie an Deutschland und Frankreich orientiert.

Polen hat die Kraft, sich in europäische Debatten einzuschalten und eigene Akzente zu setzen, auch wenn diese oft nicht zu Erfolgen führen. Denken wir an die Frage der Energie-

Solidarität. Und, was auch nicht ganz unwichtig ist, polnische Politiker haben persönliche Beziehungen zu Kollegen in der EU aufgebaut.

Auch wirtschaftlich ist Polen ein fester Bestandteil der EU und ganz Europas. Noch liegt der Anteil der neuen EU-Staaten am gesamten Bruttoinlandsprodukt der EU unter 10 Prozent. Trotzdem gewinnen die Neuen zunehmend Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Gemeinschaft – durch ihr höheres Wachstum, als Standort für ausländische Direktinvestitionen und wegen ihrer Außenhandelsbeziehungen.

Natürlich hat die EU-Mitgliedschaft Polen nicht nur politisch und wirtschaftlich genutzt. Viele Beispiele ließen sich auch für den Umweltschutz, die Infrastrukturen, Wissenschaft, Bildung und Tourismus anführen. Ich will nicht ins Detail gehen.

Was denken die Bürger des Landes?

Wir wissen, dass Umfragen immer auch mit einer gewissen Vorsicht zu behandeln sind. Oft lassen die Fragen mehrdeutige Antworten zu, spiegeln die Antworten nicht getreu das wieder, was die Befragten wirklich denken. Unklar bleibt, wie tief die Kenntnisse der Befragten über den Gegenstand der Untersuchung sind. Trotzdem zeigt das vorliegende Material von Instituten wie CBOS, GfK Polonia und anderen einige klare Tendenzen im Denken der polnischen Gesellschaft.

Danach lag die allgemeine Zustimmung zur Mitgliedschaft Polens in der EU in den letzten zehn Jahren immer über 50 Prozent. Die Werte schwankten zwischen gut 82 Prozent im Juni 1998, 53 Prozent im Juni 2001 und 88 Prozent im April dieses Jahres. Der Anteil der Gegner lag zu den gleichen Zeitpunkten bei 15, 30 und sieben Prozent. Interessant ist außerdem, dass die Zustimmung in den vier Jahren seit dem EU-Beitritt um 24 Prozent gewachsen ist, während die Ablehnung um 22 Prozent nachgelassen hat.

Nicht ganz so eindeutig sind die Ergebnisse, wenn es um eine Kosten-Nutzen-Analyse geht. Im Rahmen der neuesten Untersuchung von CBOS meinten 64 Prozent der Befragten, dass der Nutzen des EU-Beitritts höher sei als die Kosten, während 15 Prozent gegenteiliger Meinung waren. Vier Jahre zuvor hatten sich beide Werte mit 38 und 39 Prozent noch knapp die Waage gehalten.

Betrachtet man die einzelnen gesellschaftlichen Schichten, dann sind es vor allem die Angehörigen der Intelligenz, die höher Gebildeten, die besser Verdienenden und die junge Generation, die den EU-Beitritt als sehr nützlich ansehen. Demgegenüber meint nur ein Drittel der Menschen mit einfacher Bildung, der Arbeitslosen und der Rentner, überhaupt derjenigen, die sich in einer schwierigen materiellen Situation befinden, dass die EU-Mitgliedschaft einen Nutzen erbracht habe.

Nimmt man die wichtigsten Parteien, dann halten 86 Prozent der Wähler der Sozialdemokraten den EU-Beitritt für nützlich. Die entsprechenden Werte betragen bei der Bauernpartei PSL 79 Prozent, bei der konservativ-liberalen Bürgerplattform 76 Prozent und bei der nationalkonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ 53 Prozent.

Zur jüngsten jüngsten CBOS-Untersuchung, ist allerdings anzumerken, dass viele Befragte von einem allgemeinen Nutzen für das Land sprachen, eine persönliche Vorteile für sich aber nicht näher erläutern konnten.

Polens Bürger sehen vor allem wirtschaftliche Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft. Die Zahl derjenigen, die so denken, ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen, so dass inzwischen drei Viertel der Gesellschaft meinen, die polnische Volkswirtschaft habe erheblich vom Beitritt profitiert. Diese Bewertung dominiert besonders unter den besser Gebildeten, den jungen Leuten und den Bewohnern der größeren Städte. Geht es um einzelne Sektoren und Branchen der Volkswirtschaft, dann wird die Landwirtschaft am häufigsten als Gewinner der EU-Mitgliedschaft genannt. Die Direkthilfen aus Brüssel für die Landwirte haben also Wirkung gezeigt.

Zwei Drittel der Bürger meinen außerdem, der Beitritt habe auch zu einem Sinken der Arbeitslosigkeit geführt. Tatsächlich hat die EU-Mitgliedschaft zu einer bemerkenswerten Trendwende auf den polnischen Arbeitsmarkt in den letzten zwei Jahren beigetragen. Wurden vorher mehr Arbeitsplätze abgebaut als geschaffen, so ist das Verhältnis inzwischen umgekehrt. Gerade ausländische Direktinvestitionen aus westlichen Ländern sorgen verstärkt für die Schaffung technologisch hochwertiger Arbeitsplätze. Die Investoren wiederum profitieren von der Zugehörigkeit Polens zum gemeinsamen Markt.

Etwa zwei Drittel der Polen meinen, der Beitritt zur EU habe ganz allgemein zur Verbesserung der Lebensbedingungen beigetragen.

Auch in politischer Hinsicht überwiegt die positive Bewertung. Etwa 60 Prozent der Bürger vertreten die Ansicht, dass Polens Gewicht auf der internationalen Arena und besonders in Europa gestiegen sei. Von Jahr zu Jahr steigt auch die Zahl derjenigen, die Polen als mittlere Macht zwischen Staaten wie die USA und Russland einerseits und Nachbarn wie Österreich, Tschechien und Ungarn andererseits einordnen – eine mittlere Macht also, die perspektivisch sogar einen ähnlichen Einfluss wie Deutschland und Frankreich erlangen könnte – und nicht als kleines, politisch einflussloses Land.

Außerdem registriert die polnische Gesellschaft zivilisatorisch-kulturelle Fortschritte aufgrund der Mitgliedschaft in der EU. Das gilt für die Verbesserung des Umweltschutzes, die Modernisierung der Infrastrukturen, das Bildungsniveau und die Gesetzestreue der Bürger.

All das hat dazu geführt, dass die Selbstachtung der Bürger gestiegen ist. Man spricht mehr über die eigenen Stärken als über die Schwächen. Das mit Komplexen beladene sich Vergleichen mit den westlichen Gesellschaften hat abgenommen.

Kommen wir nun zum Thema:

Nationale oder europäische Identität?

Die Frage ist nun, ob diese vielen Stellungnahmen zur EU-Integration Polens, die ja in der Hauptseite positiv sind, in einer Kernaussage zusammengefasst werden können. Genauer gefragt: Kann man aufgrund der Umfragen und Untersuchungen von einer europäischen Identität der Polen sprechen? Oder verhält es sich nicht vielmehr in Polen ähnlich wie in allen anderen Mitgliedstaaten der EU, wo nach wie vor die Nation und der Nationalstaat die Grundlage für Identität und Loyalität der Bürger darstellen?

Ich stütze mich bei den folgenden Aussagen auf die Arbeiten von Soziologen wie Tadeusz Szawieli, von der Warschauer Universität, der unter anderem das regelmäßig erscheinende Eurobarometer zitiert und vergleichende Untersuchungen des Warschauer Instituts zur

Erforschung der Grundlagen der Demokratie sowie des Instituts für Soziologie der Universität Mainz heranzieht.

Betrachtet man die sechs größten EU-Staaten, dann zeichnen sich die Polen vergleichsweise durch ein hohes Maß an Zugehörigkeitsgefühl zum eigenen Volk aus. Laut Eurobarometer vom Herbst 2006 sind 53 Prozent „sehr stolz“, Pole zu sein, und 38 Prozent „eher stolz“. Übertroffen werden unsere östlichen Nachbarn nur von den Briten, bei denen 59 Prozent sehr stolz auf ihre Nation sind. Nicht sehr patriotisch sind dagegen die Deutschen. In den westlichen Bundesländern bezeichnen sich 25 Prozent als sehr stolz und 47 Prozent als eher stolz, in den neuen Bundesländern 15 beziehungsweise 53 Prozent.

Im Rahmen dieses Vergleichs demonstrieren die Polen aber auch ein relativ hohes Maß an europäischer Gesinnung. Auf die Frage, ob sie sich mitunter auch als Europäer fühlten, antworteten 17 Prozent mit „oft“ und 48 Prozent mit „manchmal“. Bei den Franzosen betragen die entsprechenden Werte 20 und 35 Prozent, bei den Westdeutschen 18 und 39 Prozent, und bei den Ostdeutschen 11 und 42 Prozent.

Die jungen Leute in Polen unterscheiden sich kaum von den älteren Menschen, was die Intensität ihres Bekenntnisses zu eigenen Nation angeht, empfinden aber eine stärkere europäische Identität als die älteren Bürger.

Diese Zahlen zeigen aber auch, dass es in Polen wie in den meisten anderen EU-Staaten einen Unterschied gibt zwischen der hohen Unterstützung des EU-Mitgliedschaft – ich habe das jüngste Umfrageergebnis von 88 Prozent erwähnt – und der vergleichsweise schwächeren Tendenz, sich auch als Europäer wahrzunehmen.

Tadeusz Szawiel betont: „Die Wiedererlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1918 war der Beginn einer kurzen Periode (bis 1938), in der Polen frei seine nationale Identität ausdrücken konnte, aber der Zweite Weltkrieg und das nach 1945 dem Land aufgezwungene kommunistische System, das bis 1989 dauerte, führten dazu, dass die Polen besonders sensibel sind, was Fragen der Identität und der nationalen Souveränität betrifft. Daher ist in Polen auch die Verbundenheit mit dem Nationalgefühl sehr stark, und die übernationale Identität sieht man lediglich als etwas Zusätzliches, das der grundlegenden nationalen Identität nicht widerspricht.“ Aber die Polen, so Szawiel, seien bis zu einem gewissen Grad auch in der Lage, den „polnischen Patriotismus“ mit dem „europäischen Patriotismus“ zu vereinbaren.

Die wichtigsten Identitätsmerkmale für ältere wie für jüngere Polen sind die Familie, die Nation, der Glaube und die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Altersgruppe.

Laut Umfragen von CBOS und anderen Meinungsforschungsinstituten hat die Mitgliedschaft Polens in der EU wenig an der Dominanz dieser Identitätsmerkmale geändert. Mehr als die Hälfte der Befragten meinten, die Bedeutung der Familie sowie die Religiosität und der Patriotismus hätten seit 2004 kaum abgenommen.

Fazit

Fassen wir zusammen. Polen hat sein europapolitisches Grundziel erreicht und es behauptet sich mehr oder weniger in einer EU, die oft an ihren Widersprüchen zu scheitern droht, mitunter aber auch die Kraft zu gemeinsamem, nach vorne gerichteten Handeln findet –

aktuell ablesbar am gemischt europäisch-nationalen Vorgehen in Sachen Finanzkrise. Die polnischen Bürger sehen die EU-Integration ihres Landes hauptseitig positiv.

Dabei fragt man sich, was die Auseinandersetzungen über den EU-Verfassungsvertrag und den Lissabon-Vertrag, über Kompetenzen der EU-Organe und Stimmgewichtungen zu dieser positiven Bilanz beigetragen haben. Meine Vermutung lautet: Eher wenig. Für die Bürger in Polen sind wichtig: der Fall der Grenzen durch das Schengen-System, Bewegungsfreiheit, wirtschaftlicher Erfolg, Anhebung des Lebensstandards, Anerkennung Polens in Europa, politischer Einfluss auf europäischer Ebene.

Natürlich ist das institutionelle Funktionieren der EU für die Verwirklichung dieser Ziele nicht unwichtig.

Offenbar ist europäische Identität auch bei den Polen, wenn vorhanden, in erster Linie etwas historisch Gewachsenes, das sich auf bestimmte Werte bezieht, die nur ganz langsam einem gewissen Wandel unterliegen. Diese Werte werden kaum durch Konstitutionalisierung und Institutionalisierung auf europäischer beziehungsweise EU-Ebene geschaffen. Sie resultieren aus der Geschichte der Nation und des Nationalstaates sowie der christlichen Tradition Europas.

Ich danke Ihnen!